

**Rede
der Sprecherin für Bauen und Wohnen**

Thordies Hanisch, MdL

zu TOP Nr. 13

Abschließende Beratung

**Flexibilisierung für Neuansiedlungen und
bestehende Einzelhandelsunternehmen zur
Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung
unserer ländlichen Räume**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU – Drs.
18/8497

während der Plenarsitzung vom 23.02.2022
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

mit dem vorliegenden Antrag möchten wir zwei Probleme angehen.

Und um es verständlich zu machen, werde ich den Punkt der „Erweiterungen bestehender Geschäfte“ an einem Beispiel verdeutlichen:

Irgendwann hat irgendwer überlegt: Hier mache ich ein Möbelladen auf. Bei diesen Läden geht es um Familienbetriebe, um Arbeitgeber, um Wirtschaftsbetriebe, die das Rückgrat unserer niedersächsischen Wirtschaft stützen und das Leben im ländlichen Raum attraktiver machen.

Wenn das aber außerhalb der dafür vorgesehenen Zentren passiert ist, gilt heute für dieses Unternehmen quasi ein Veränderungsverbot. Damit ist nicht mal ein Parkplatz mehr möglich, weil jede Erweiterung eines solchen Einzelhandelsgroßprojektes mit aperiodischem Sortiment wie ein Neubau betrachtet wird. Und so sind Elektronik-, Kleidungsfachgeschäfte, Küchencenter und Möbelläden am falschen Ort zum Sterben verurteilt, weil sie eben nicht den heutigen Ansprüchen nachkommen können – selbst, wenn sie es wollen.

Hier muss es doch möglich sein, bestehenden Läden moderate Perspektiven zur Erweiterung zu bieten, damit Arbeitsplätze und Attraktivität im ländlichen Raum erhalten werden können.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Niedersächsinnen und Niedersachsen!

Alle von Ihnen, die auf dem Dorf großgeworden sind und in einem Dorf leben – und ich meine jetzt eben nicht die Hauptorte – werden genau wissen und verstehen können, wovon ich gleich rede. Aufgewachsen bin ich in einem Dorf mit 200 Einwohner:innen und lebe heute zusammen mit rund 1.400 Menschen in Eitze. In beiden Dörfern gab es früher viele Läden und Dienstleistungen. Heute gibt es nur noch wenig oder gar keine mehr. Und damit ist viel verloren gegangen.

In einigen Dörfern entstehen Dorfläden aus dem Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, aber die Privatwirtschaft siedelt sich hier nicht mehr an. Weil hier nur Läden unter 800 Quadratmetern Verkaufsfläche sein dürfen, und das funktioniert mit den heutigen Ansprüchen an Lebensmittelläden für die Privatwirtschaft nicht. Diese Vorgabe wollen wir auch auf den Prüfstand stellen.

Es geht uns nicht darum, Einkaufszentren auf der grünen Wiese zu ermöglichen. Das hatten wir bis in die Neunziger, das hat unsere Innenstädte ausgeblutet und hier haben wir steuernd eingegriffen. Vielleicht haben wir dabei ein wenig übersteuert, wenn man betrachtet, wie groß der Wunsch nach wohnortnaher

Versorgung ist und wie selten es gelingt, diesen Bedarf zu decken. Und weil ich erahne, was gleich kommt, möchte ich darauf hinweisen, dass wir zahlreiche Möglichkeiten haben, einen Wildwuchs von Einzelhändlern auf der grünen Wiese oder überdimensionierte Einkaufszentren in viel zu kleinen Orten auszuschließen.

Einige andere Bundesländer haben das bereits getan. Da ist es außerhalb der Hauptorte beziehungsweise Grundzentren möglich, einen Lebensmittelladen über 800 Quadratmeter Verkaufsfläche zu genehmigen.

In Brandenburg: Bis 2.500 Quadratmetern mit nahversorgungsrelevantem Sortiment auf mindestens Dreiviertel der Fläche.

Im Saarland: Ausnahmsweise zulässig, wenn zur Sicherung der wohnortnahen, örtlichen Grundversorgung und eine entsprechende Bevölkerungszahl vorhanden ist – hier entscheidet dann auch noch die Landesplanungsbehörde über die Erweiterung oder Änderung.

In Rheinland-Pfalz: bei mehr als 3.000 Einwohner:innen maximal 1.600 Quadratmeter Verkaufsfläche zur Grundversorgung der Bevölkerung.

Und in Niedersachsen ist nur etwas möglich, wenn – neben anderen Bedingungen – in Regionalen Raumordnungsprogrammen Versorgungsbereiche vorgesehen werden. Diese Programme sollen alle zehn Jahre angepasst werden. Das dauert aber oft länger, und dass die Möglichkeit nicht gut funktioniert, sehen wir an den realen Bedarfen.

Wir haben Verbote und Gebote, können festlegen, dass solche Läden nicht am Dorfrand gebaut werden dürfen, dass genug Leute in der Nähe wohnen müssen, damit woanders keine Kaufkraft abgezogen wird; wir können festlegen, dass nur Dinge des täglichen Bedarfes verkauft werden dürfen. Hier kann wirklich keiner der Meinung sein, dass wir es nicht hinbekommen, dass es einen Lebensmittelladen im Dorf gibt und dabei nicht die nächste Innenstadt aus diesem Grund Pleite macht.

Und Folgendes sage ich nicht aus parteipolitischen Gründen, sondern, weil das meine tiefste Überzeugung ist: Für die Klimawende ist die beabsichtigte Änderung ein ganz wesentlicher Schritt.

Wenn wir uns angucken, warum die Menschen auf dem Dorf zwei Autos besitzen, dann ist der Grund, dass sie zwei Autos brauchen. Je mehr wir die alltäglichen Wege durch öffentliche Verkehrsmittel ermöglichen oder eben erheblich verkürzen, desto eher fragt sich eine Familie, ob sie nicht doch ein Auto abschaffen kann. Und ein Lebensmittelladen im Ort ist hier ein wesentlicher Baustein.

Aber es geht beim Einkaufen natürlich auch um Nachbarschaft und lebendige Dörfer. Ein Lebensmittelgeschäft ist eben mehr als die Versorgung mit Nahrungsmitteln. Man trifft sich, man kommt ins Gespräch und es findet Austausch statt. Auf dem Dorf werden hier nicht nur Lebensmittel gehandelt, sondern vor allem auch soziale Ware – Neuigkeiten, Flohmarkt, Geborene, Verliebte, Zugezogene – das alles ist Teil der Einkaufskultur. Wenn in unseren Dörfern ein Lebensmittelanbieter einen Markt betreiben kann und will, dann können wir es unseren Bürgerinnen und Bürgern aus meiner Sicht nicht verweigern, dieses Bedürfnis nach Nahversorgung zu erfüllen.

Wir wollen auf dem Prüfstand stellen, wie wir es hinbekommen, dass es wieder einen Laden im Dorf gibt. Deswegen freue ich über die Unterstützung zu diesem Antrag.

Vielen Dank.